

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abbildungsverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
A. Einleitung	1
I. Problemstellung	1
II. Gang der Untersuchung	6
B. Einführung in die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	9
I. Die Bekämpfung der Geldwäsche als Zielvorstellung des Gesetzgebers	9
II. Weiteres Ziel: Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung	11
III. Internationale und europäische Grundlagen der Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	13
1. Internationale Vorgaben	13
a) Vereinte Nationen	13
b) Die Baseler Grundsatzerklärung	14
c) Gruppe der Sieben (G-7)	15
d) Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF)	16
(1) FATF-Empfehlungen	16
(2) Verbindlichkeit der FATF-Empfehlungen	17
(3) Weitere Veröffentlichungen der FATF	20
e) Financial Intelligence Unit (FIU)	20
f) Egmont-Gruppe	21
2. Europäische Regelungen	21
a) Erste Geldwäscherichtlinie	22
b) Zweite Geldwäscherichtlinie	22
c) Dritte EG-Geldwäscherichtlinie	22
d) Vierte EU-Geldwäscherichtlinie	23
e) Fünfte EU-Geldwäscherichtlinie	24
f) Das neue EU-Geldwäschepaket	24
IV. Geldwäscheregelungen in Deutschland	25
1. Strafrechtliche Regelung (§ 261 StGB)	25
2. Geldwäschegesetz und die Entwicklungsgeschichte der Verdachtsmeldung nach § 43 GwG	27
a) Ursprüngliche Fassung aus dem Jahr 1993	27
b) Änderungen durch das GwBekErgG aus dem Jahr 2008	28
c) Änderungen durch das GWPräOptG aus dem Jahr 2011	29

d) Änderungen durch die Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie aus dem Jahr 2017.	30
e) Zusammenfassung	30
V. Systematische Einordnung des Geldwäschegesetzes	31
1. Argumente für die Einordnung zum präventiven Bereich ..	31
2. Argumente für die Einordnung zum repressiven Bereich ..	33
3. Ansichten zwischen einer präventiven und repressiven Einordnung	34
4. Stellungnahme	36
VI. Besonderheiten bei der Auslegung des Geldwäschegesetzes. ...	37
1. Europäische Vorgaben bei der Auslegung des Geldwäschegesetzes	38
2. Problemstellung bei der Auslegung von Normen im Geldwäschegesetz	38
3. Anwendung der gespaltenen Auslegung	40
a) Grundlagen der gespaltenen Auslegung	41
b) Gesetzgeberische Regelungsabsicht	42
c) Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte	43
d) Problem der Einheit der Rechtsordnung	43
e) Zusammenfassung	44
VII. Zwischenergebnis.	44

C. Die Pflicht zur Meldung von Verdachtsfällen bei Kreditinstituten	47
I. Allgemeine Bedeutung der Verdachtsmeldung	47
II. Das Kreditinstitut als Verpflichteter der Verdachtsmeldung ...	51
1. Die allgemeine Bedeutung der Kreditinstitute für die Geldwäschebekämpfung	51
2. Das Kreditinstitut als Verpflichteter im Geldwäschegesetz	54
a) Unterschiede der Begrifflichkeit zum Kreditwesengesetz.	54
b) Weiter Anwendungsbereich im Geldwäschegesetz	55
3. Zuständige Behörden im Zusammenhang mit der Verdachtsmeldung	56
a) BaFin als Aufsichtsbehörde	57
b) FIU als Empfangsbehörde der Verdachtsmeldung.	57
4. Der praktische Ablauf einer Verdachtsmeldung innerhalb eines Kreditinstitutes	58
a) Ebene 1 – Typische Verdachtsmomente in Kreditinstituten.	58
(1) Situation 1 – Erster Kundenkontakt.	59
(2) Situation 2 – Verhalten während der Kundenbeziehung.	60

(3) Situation 3 – Auffällige Einzeltransaktionen	60
(4) Situation 4 – Auffälliges Gesamtbild von Transaktionen	61
b) Ebene 2 – Auswertung der Verdachtsmomente	61
(1) Verdachtsmomente untersuchen	62
(2) Abgabe der Verdachtsmeldung an die zuständige Behörde	62
5. Organisationspflichten und der risikobasierte Ansatz	63
a) Kundeninformationen als notwendige Voraussetzung	64
b) Das Organisationsproblem in einem Kreditinstitut	65
c) Das Risiko von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im Zusammenhang mit bankspezifischen Risiken	66
d) Die Risikoanalyse als Kernelement des institutsspezifischen Risikomanagements	67
e) Der risikobasierte Ansatz als wesentliches Prinzip für das Risikomanagement	68
f) Ausgestaltung der internen Sicherungsmaßnahmen auf Grundlage der Risikoanalyse	72
g) Auswirkungen des Risikomanagements auf die Verdachtsmeldung	72
6. Der Geldwäschebeauftragte	73
a) Allgemeines	73
b) Aufgaben	74
c) Abgrenzung zu anderen Aufgabenbereichen	75
d) Sachkunde und Zuverlässigkeit des Geldwäschebeauftragten	76
e) Stellung und Befugnisse im Institut	77
7. Zusammenfassung	78
III. Charakter der Verdachtsmeldung und vergleichbare Meldepflichten	79
1. Mögliche Alternativen zur bestehenden Meldepflicht	79
(a) Modell 1: Ein Melderecht	79
(b) Modell 2: Systematische Meldepflichten	80
(c) Modell 3: Eine Meldepflicht bei Verdacht	80
2. Die Pflicht zur Verdachtsmeldung als Indienstnahme Privater	81
3. Interessenkonflikte aufgrund der Meldepflicht	84
a) Rechtliche Konflikte mit dem Bankgeheimnis	84
b) Wirtschaftliche Konflikte	85
c) Faktische Konflikte	85
4. Vergleichbare bestehende Meldepflichten	86

a) Meldepflichten im Bereich der Verbrechensbekämpfung	86
b) Weitere Meldepflichten außerhalb der Verbrechens- bekämpfung	89
c) Gemeinsamkeiten und Unterschiede	89
IV. Normzweck der Verdachtsmeldung nach § 43 GwG	92
1. Präventiver Zweck der Verdachtsmeldung	92
2. Repressiver Zweck der Verdachtsmeldung	93
3. Vertrauen und Stabilität der Finanzwirtschaft	94
4. Zusammenfassung	95
V. Zwischenergebnis	95
D. Die Voraussetzungen der Meldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG	99
I. Hindeuten auf Tatsachen	100
1. Tatsachen	100
2. Hindeuten und die Schwelle der Verdachtsmeldung	105
a) Hindeuten	106
b) Frühere Ansichten über die Meldeschwelle im Geld- wäscherecht	107
c) Deutschlandprüfung durch die FATF 2009/2010	108
d) Klarstellung durch das GWPräOptG	109
e) Folgen durch die Änderungen des GWPräOptG	110
f) Verdachtsschwelle als ein strafrechtliches Stadium der Vorermittlung?	111
g) Verdachtsschwelle als eigener gewerblicher Begriff	113
h) Zusammenfassung	116
3. Beurteilungsspielraum des Geldwäschebeauftragten	116
a) Notwendigkeit eines Beurteilungsspielraumes	117
b) Grenzen und kritische Auseinandersetzung mit dem Beurteilungsspielraum	119
4. Zusammenfassung	122
II. Der Verdacht auf Geldwäsche	123
1. Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit einer Geschäftsbeziehung, einem Maklergeschäft oder einer Transaktion	124
a) Vermögensgegenstand	124
b) Geschäftsbeziehung	125
(1) Gewerbliche oder berufliche Beziehung für Kre- ditinstitute	125
(2) Grenzen für Geschäftsbeziehung bei Kreditinsti- tuten	127
(3) Auf eine gewisse Dauer angelegt	133
c) Maklergeschäft	134
d) Transaktion	134

e)	Zusammenfassung	136
2.	Bezugspunkt: Verdacht auf eine Vortat der Geldwäsche ...	137
a)	Vortaten der Geldwäsche als strafbare Handlung	137
(1)	Grammatikalische und systematische Auslegung ...	137
(2)	Historische Auslegung	139
(3)	Teleologische Auslegung	139
b)	Kritische Auseinandersetzung mit dem Bezugspunkt ...	141
(1)	Uneinheitlicher Sprachgebrauch des Begriffes Geldwäsche	141
(2)	Fehlen des spezifischen Charakters von § 261 StGB	142
(3)	Extensiver Anwendungsbereich	143
(4)	Extensiver Anwendungsspielraum als Folge	144
c)	Konkretisierung der gesetzlichen Anforderungen der Verdachtsmeldung	146
d)	Normkonkretisierende Vorgaben	148
(1)	Konkretisierungen nach § 43 Abs. 5 und Abs. 6 GwG	148
(2)	BaFin Rundschreiben 1/2014 (GW)	150
(a)	Bekannte Anhaltspunkte für einen Verdachtsfall	151
(b)	Gesteigerte Aufmerksamkeit	152
(3)	BaFin Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Geldwäschegesetz	152
(4)	FATF-Rundschreiben der BaFin	154
(a)	Aktuelle Erklärung über Risikostaat (Ab- schnitt I)	155
(b)	Fortlaufende Prüfung durch die FATF (Ab- schnitt II)	156
(c)	Aktuelle FATF-Rundschreiben der BaFin	157
(5)	Zusammenfassung der vorhandenen Konkretisie- rungen	157
e)	Exkurs: Veröffentlichungen der BaFin als normkon- kretisierende Vorgaben?	158
(1)	Vorüberlegung	159
(2)	Keine Rechtsverordnung oder Verwaltungsakt	160
(3)	Norminterpretierende Verwaltungsvorschrift	161
(a)	Wirkung als norminterpretierende Verwal- tungsvorschrift	163
(b)	Bedenken gegen Einordnung als norminter- pretierende Verwaltungsvorschrift	164
(4)	Übertragung auf die Rechtsnatur der normkon- kretisierenden Verwaltungsvorschriften	166

(a) Besonderheiten der normkonkretisierenden Verwaltungsvorschriften	167
(b) Anwendung auf die Veröffentlichungen im Geldwäscherecht	168
(5) Zwischenergebnis: Keine verbindliche Konkreti- sierung durch die Veröffentlichungen	170
f) Anhaltspunkte als Konkretisierungsvorgabe	171
(1) Vorsicht bei dem Umgang mit Anhaltspunkten	172
(2) Gesetzliche Anhaltspunkte für Risikofaktoren	173
(3) Anhaltspunkte aus Modellen und Erscheinungs- formen der Geldwäsche	174
(a) Phase 1: Placement	175
(b) Phase 2: Layering	176
(c) Phase 3: Integration	176
(d) Zwischenergebnis	177
(4) Anhaltspunkte aus Typologien	177
(a) Nationale Typologiepapiere	178
(b) Europäische Typologiepapiere	180
(c) Internationale Typologiepapiere	182
(d) Der Finanzagent als Phänomen	183
(5) Anhaltspunkte aus der Rückmeldung einer Ver- dachtsmeldung	185
(6) Anhaltspunkte aus dem Austausch der Kreditins- titute untereinander	187
(7) Anhaltspunkte aus Presseveröffentlichungen	188
(8) Zwischenergebnis: Anhaltspunkte	190
g) Zusammenfassung	190
III. Bezugspunkt: Der Verdacht auf Terrorismusfinanzierung	192
1. Geschäftsvorfall	192
2. Besonderheiten im Zusammenhang mit Terrorismusfi- nanzierung	193
a) Auslegung des Tatbestandsmerkmals	193
b) Konkretisierungsbedürftigkeit	195
(1) Der Begriff der Terrorismusfinanzierung im allgemeinen Sprachgebrauch	196
(2) Fachliche Begriffsdefinition	196
(3) Modelle für die Terrorismusfinanzierung	197
(4) Typologien und Anhaltspunkte für die Terroris- musfinanzierung	198
3. Zusammenfassung	199
IV. Der Verstoß gegen die Offenlegungspflicht	200

V. Dokumentationspflicht von nicht erstatteten Verdachtsmel-	
dungen	202
VI. Zwischenergebnis	203
E. Die Rechtsfolge der Meldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG	205
I. Empfänger der Verdachtsmeldung	205
1. Änderungen der FIU als Empfangsbehörde für Ver-	
dachtsmeldungen	205
2. Auswirkungen der neuen Empfangsbehörde	208
II. Unverzüglichkeit der Verdachtsmeldung	210
1. Unverzüglichkeit im Sinne des Geldwäscherechts	210
2. Exkurs: Meldesystem von unterschiedlichen Geschwin-	
digkeiten?	213
III. Form der Verdachtsmeldung nach § 45 GwG	215
1. Elektronische Übermittlung	215
2. Amtlicher Vordruck für den Postweg	217
IV. Zwischenergebnis	218
F. Weitere Auswirkungen der Verdachtsmeldung	221
I. Auswirkungen bei einer ordnungsgemäßen Abgabe einer	
Verdachtsmeldung	221
1. Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten	221
2. Stillhaltepflicht von Transaktionen	223
a) Grundlagen der Stillhaltepflicht	223
b) Ausnahmen von der Stillhaltepflicht	225
c) Zusammenfassung	227
3. Verbot der Informationsweitergabe	228
a) Grundlagen des Verbotes der Informationsweitergabe ..	228
b) Folgen des Verbotes der Informationsweitergabe	229
4. Abbruch der Geschäftsbeziehung	231
a) Pflicht zur Kündigung der Geschäftsbeziehung	231
b) Zivilrechtliche Grundlagen bei einer Kündigung	234
c) Zwischenergebnis	235
5. Verantwortlichkeitsfreistellung der Kreditinstitute nach	
§ 48 GwG	236
a) Freistellung des Kreditinstituts	236
b) Entschädigungsanspruch gegenüber dem Staat?	238
6. Zusammenfassung	239
II. Auswirkungen beim Verstoß gegen die Pflicht zur Ver-	
dachtsmeldung	240
1. Tauglicher Täterkreis	240
2. Objektiver Tatbestand	241
3. Subjektiver Tatbestand	243

4. Erhebliche Sanktionen als Rechtsfolge	246
a) Geldbußen	246
b) Öffentliche Bekanntgabe des Verstoßes.	248
5. Zusammenfassung	250
III. Zwischenergebnis	250

G. Verfassungsrechtliche Bedenken bei der Verdachtsmeldung

und Lösungsmöglichkeiten	253
I. Verfassungsrechtliche Aspekte der Verdachtsmeldung	253
1. Anwendbarkeit der nationalen Grundrechte	253
2. Prüfung der relevanten Grundrechte	256
a) Unternehmerische Freiheit für die Kreditinstitute	257
(1) Schutzbereich	257
(2) Rechtfertigung	258
b) Schutz der personenbezogenen Daten von Bankkunden	265
(1) Schutzbereich	265
(2) Rechtfertigung	267
(3) Verhältnismäßigkeit der Verdachtsmeldung	268
(4) Auskunftspflicht- und Löschungspflicht als ver-	
fahrensrechtliche Schutzvorkehrung	274
(5) Auswirkung für den Bankkunden nach einer	
Verdachtsmeldung	275
c) Zwischenergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung ..	278
3. Besonderheiten beim Bestimmtheitsgrundsatz nach	
Art. 103 Abs. 2 GG	279
II. Das Bestimmtheitsproblem der Verdachtsmeldung	282
1. Bestimmtheitsproblem wurde schon früh vom Gesetzge-	
ber erkannt	282
2. Änderung hin zu einer Ordnungswidrigkeit durch das	
GwBekErgG	283
3. Anforderungen an das Bestimmtheitsgebot bei Ord-	
nungswidrigkeiten	284
4. Maßstab der Bestimmtheit bei der Verdachtsmeldung	287
5. Anwendung auf die Verdachtsmeldung	288
III. Konkretisierungsmöglichkeiten zur Behebung des Be-	
stimmtheitsproblems	291
1. Konkretisierung durch die Rechtsprechung	291
2. Gesetzliche Konkretisierung durch die zuständigen	
Behörden	293
IV. Bedenken gegen die Verfassungsgemäßheit der Verdachts-	
meldung	295
V. Mögliche Lösungen zur Behebung des Bestimmtheitspro-	
blems	296

1. Vorüberlegung	297
2. Lösungsmöglichkeit 1: Konkretisierung durch Auslegungs- und Anwendungshinweise sowie durch Rundschreiben.	298
3. Lösungsmöglichkeit 2: Konkretisierung durch eine Rechtsverordnung oder Allgemeinverfügung	300
4. Lösungsmöglichkeit 3: Ein Genehmigungsverfahren der Risikoanalyse	302
a) Die Risikoanalyse als Konkretisierung	302
b) Rechtliche Voraussetzungen	303
c) Konkreter Gesetzesvorschlag	304
d) Potenzielle Vorteile	305
e) Mögliche Nachteile	308
VI. Zwischenergebnis	310
H. Zusammenfassung und Ausblick	311
I. Zusammenfassung	311
1. Unklare Vorgaben bei der Meldepflicht	311
2. Steigende Verdachtsmeldezahlen durch Sanktionen und hohem Druck	312
3. Folgen für Kreditinstitute und der Bankkunde als Opfer. . .	313
4. Verfassungsrechtliche Bedenken	314
5. Lösungsmöglichkeiten	315
II. Ausblick	316
1. Zunehmender Druck bei der Umsetzung des Geldwäschegesetzes	316
2. Risikobasierter Ansatz im Geldwäschegesetz	317
3. Geldwäscheprävention im Nichtfinanzsektor	318
Literaturverzeichnis	321
Lebenslauf	345
Abstract	345